

Martina Gille

Politische Kultur der jüngeren Generation(en) in Deutschland

Lebendige Demokratien sind auf die Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Aber gerade die junge Generation macht – zumindest was die Beteiligung an Wahlen angeht – von ihrem Recht der Mitbestimmung zunehmend weniger Gebrauch. Zwar zeigt sich seit den 80er Jahren in allen Altersgruppen ein verstärkter Rückgang der Wahlbeteiligung an Bundestagswahlen, aber er ist in der Gruppe der 18- bis 25-Jährigen noch drastischer. Bedeutet dies, dass die repräsentative Demokratie gerade bei ihren jüngeren Bürgerinnen und Bürgern an Legitimität verliert? Dies könnte auch deshalb besonders problematisch sein, weil die Jugendphase für die Entwicklung politischer Orientierungen und Verhaltensweisen als prägend angesehen wird.

Der Prozess des Aufwachsens junger Menschen lässt sich charakterisieren als einen Übergang vom Leben in eher privaten Lebenswelten in öffentliche Lebensräume. Dabei übernehmen junge Menschen zunehmend Verantwortung für sich selbst, aber auch für andere Menschen und gesellschaftliche Belange. Die Familiengründung, der Eintritt in den Arbeitsmarkt und die Übernahme der Rolle der politischen Bürgerin bzw. des politischen Bürgers gelten als zentrale Statuspassagen ins Erwachsenenleben. Die Bewältigung dieser Lebensetappen wird aber angesichts von Globalisierung, gestiegenen Mobilitätsanforderungen, Überalterung der Gesellschaft und der Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse für junge Menschen immer schwieriger und häufig später oder gar nicht realisiert. So führen beispielsweise gestiegene schulische und berufliche Qualifikationen und der erschwerte Eintritt in eine gesicherte berufliche Karriere zu einem Aufschub von Familiengründun-

gen. Das Ende der Jugendphase lässt sich immer weniger eindeutig bestimmen. In einer Gesellschaft, in der der Anteil junger Menschen aufgrund des demografischen Wandels immer kleiner wird, erhält das Ausmaß politischer Beteiligung der heranwachsenden Generationen eine besondere Bedeutung. Zeigen die jungen Generationen eine zunehmende Politikdistanz wie dies die abnehmende Wahlbeteiligung nahe legt? Oder liegt die politische Stärke der jüngeren Generationen in der Entwicklung und Ausübung neuer nichtinstitutionalisierter bzw. »unkonventioneller« Formen der Partizipation?

Um diese Fragen beantworten zu können, soll kurz die Entwicklung der verschiedenen politischen Mitwirkungsmöglichkeiten in der Bundesrepublik Deutschland im Altersgruppenvergleich dargestellt werden. Die Beteiligung an Wahlen und die Mitarbeit in politischen Parteien gelten als die wichtigsten institutionalisierten, »konventionellen« Formen politischer Partizipation. Die Wahlbeteiligung sinkt seit Beginn der 80er-Jahre wie erwähnt insbesondere bei jüngeren Altersgruppen. So betrug sie bei den 18- bis 20-Jährigen 1983 84,3 %, 2009 dagegen nur noch 63 %. Bei den 21- bis 24-Jährigen zeigt sich eine ähnliche Entwicklung (von 81,5 % auf 59,1 %). In der wahlberechtigten Bevölkerung insgesamt sinkt die Wahlbeteiligung in diesem Zeitraum von 88,4 % auf 71,4 %. Die Mitarbeit in Parteien setzt eine hohe politische Motivation voraus und bewegt sich auf einem deutlich niedrigeren Niveau als die Wahlbeteiligung. Betrachtet man den Anteil von Parteimitgliedern an der parteiberechtigten Bevölkerung, so zeigt sich hier eine Abnahme von 3,7 % im Jahr 1990 auf 1,9 % im Jahr 2011. Dabei beklagen insbesondere die großen Parteien und die Lin-

ken eine zunehmende Überalterung in der Zusammensetzung ihrer Parteimitglieder.

Wahlbeteiligung und Mitgliedschaften in politischen Parteien gehen in der Gesamtbevölkerung zurück, aber noch deutlicher bei den jüngeren Generationen. Hierin spiegelt sich ein deutlicher Vertrauensverlust in die etablierte Politik wider. Dabei ist aber das Misstrauen in die Institutionen etablierter Politik, wie die politischen Parteien, die Bundesregierung und den Bundestag, bei jungen Menschen nicht höher als bei der erwachsenen Bevölkerung insgesamt, wie dies Ergebnisse von Jugendstudien des Deutschen Jugendinstituts im Vergleich mit Befragungen von Erwachsenen zeigen. Ein hohes Misstrauen gegenüber der etablierten Politik bedeutet nicht, dass das demokratische politische System in Frage gestellt wird. Wie die Shell-Jugendstudien für das letzte Jahrzehnt zeigen akzeptieren junge Menschen die Demokratie als Staatsform unverändert im hohen Maße. Die jungen Bürgerinnen und Bürger halten auch Wahlen nach wie vor für die wichtigste Möglichkeit der politischen Einflussnahme. Allerdings können sie mit dem Ausgang von Wahlen immer weniger einen persönlichen Bezug zu ihrem Leben herstellen und sind häufig durch die Wahlkampagnen der Parteien nicht mehr erreichbar. Sie sind leichter für Protestbewegungen aller Art zu mobilisieren, in denen gegen konkrete Infrastrukturmaßnahmen wie Kraftwerke, Autobahnen, Eisenbahntassen oder Flughafenerweiterungen öffentlich und kollektiv Kritik geübt wird und deren Auswirkungen für die Protestierenden unmittelbar absehbar sind.

Der jungen Generation von heute steht, wenn sie auf politische Entscheidungen Einfluss nehmen will – neben dem Wählen und der Parteilarbeit – ein breites Repertoire an Partizipationsformen zur Verfügung wie zum Beispiel Demonstrationen, Petitionen, Flashmobs, Zeltdörfer, Boykotte oder Internetkampagnen. Sie und auch die mittleren und älteren Generatio-

nen profitieren dabei von einer Entwicklung, die Ende der 60er Jahre mit der Studentenbewegung ihren Ausgang nahm und zu einer Erweiterung des Repertoires politischer Partizipation führte. Während die Studentenproteste überwiegend von einer kleinen Gruppe von Studierenden getragen wurde, kam es mit der Protestwelle zu Beginn der 80er Jahre und dem Aufkommen der neuen sozialen Bewegungen wie der Frauen-, Friedens-, Ökologie- und Anti-Atomkraftbewegung zu einer breiteren Mobilisierung in der Bevölkerung, wobei hier insbesondere die jüngeren und mittleren Altersgruppen angesprochen wurden. Im Gegensatz zu den stärker bürokratischen Organisationsformen der Parteien bieten die neuen sozialen Bewegungen vielfach informelle Strukturen, die den Beteiligten mehr Raum geben für Selbstverwirklichung und Mitbestimmung sowie für sporadisches Engagement. Aufgrund ihrer Inhalte, Aktionsorientierung und flexiblen Beteiligungsmöglichkeiten genießen solche Gruppierungen gerade bei jungen Menschen große Sympathien. Die neuen sozialen Bewegungen bilden eigene Organisationsformen aus und grenzen sich bewusst von den in ihren Augen eher starren und formal-rationalisierten Großorganisationen wie Parteien oder Gewerkschaften ab.

In den 90er Jahren fand mit dem Aufkommen der globalisierungskritischen Gruppen und der Zunahme gewaltförmiger Proteste in Folge rassistischer Angriffe eine weitere Welle der Ausweitung des Repertoires nichtinstitutionalisierter, »unkonventioneller« Partizipationsformen statt. Deutschland hat sich damit wie fast alle westlichen Demokratien in Richtung einer Protest- oder Bewegungsgesellschaft entwickelt. Die Beteiligung an allen möglichen politischen Aktionsformen wie Demonstrationen, Boykotten, online-Protes-

Die neuen sozialen Bewegungen bieten mehr Entfaltungsraum als die etablierten Strukturen

ten etc. und die Bereitschaft zum zivilen Ungehorsam sind deutlich angestiegen. Die zunehmende »Normalisierung« der ehemals »unkonventionellen« politischen Aktionsformen bedeutet auch, dass der politische Protest in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist. Jugendliche und junge Erwachsene unterscheiden sich in der Wahl bestimmter Partizipationsformen kaum noch von älteren Bevölkerungsgruppen. Zieht man Ergebnisse der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage in den Sozialwissenschaften (ALLBUS 2008) für Deutschland heran, so zeigt sich, dass die 18- bis 29-Jährigen nicht häufiger an Demonstrationen und an Unterschriftensammlungen teilgenommen haben als die 30- bis 60-Jährigen. Allerdings beteiligen sich die Jüngeren auf Grund ihrer stärkeren Nähe zu den neuen Medien häufiger an Online-Protestaktionen.

Die junge Generation unterscheidet sich heute von den älteren Generationen im Hinblick auf ihre Bereitschaft, politisch zu partizipieren, vor allem in ihrer größeren Distanz zur etablierten Politik. Die zunehmende Ausdifferenzierung an politischen Mitwirkungsmöglichkeiten, die zunächst von den jüngeren Generationen angestoßen worden ist, ist mittlerweile über die Generationenabfolge in der Erwachsenengesellschaft angekommen. Allerdings sind die politischen Themen, für die sich die verschiedenen Altersgruppen mobilisieren lassen nicht immer identisch. Für junge Menschen ist die Gestaltbarkeit ihrer eigenen Zukunft zentral. Deshalb sind blockierte Statuspassagen wie der erschwerte oder nicht realisierbare Einstieg in den Beruf und damit in die ökonomische Unabhängigkeit, wie dies in Ländern wie Spanien mit einer enorm hohen Jugendarbeitslosigkeit der Fall ist, wichtige Pro-

testanlässe für die jüngere Generation. In Deutschland ist für junge Menschen eine hohe berufliche Qualifikation ein wichtiges Thema. Sie protestierten deshalb für die Abschaffung von Studiengebühren und die Erhöhung des BAföGs, um soziale Bildungsungleichheiten abzuschaffen.

Die vielfältigen politischen Protestformen, die jungen Menschen heute zur Verfügung stehen, werden aber nicht von allen jungen Menschen gleichermaßen genutzt. Institutionelle Partizipation und politischer Protest werden eher von den höher Gebildeten ausgeübt. Das bedeutet aber, dass mit den neuen Beteiligungsmöglichkeiten auch jene jungen Menschen nicht erreicht werden, die der Politik besonders distanziert gegenüber stehen. Während sich die ungleiche Nutzung der verschiedenen politischen Beteiligungsmöglichkeiten nach Bildungsgruppen in den letzten Jahrzehnten in Deutschland eher noch verschärft hat, ist der traditionelle »gender gap« aber fast verschwunden. Junge Frauen nutzen heute die neueren Partizipationsformen in gleicher Weise wie die jungen Männer.

Der zunehmende Rückgang der institutionellen Beteiligung bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Deutschland muss als durchaus problematisch für eine repräsentative Demokratie angesehen werden. Durch die Erweiterung des Partizipationsrepertoires werden vor allem gut gebildete junge Frauen und Männer mobilisiert. Damit werden aber weniger privilegierte junge Menschen nicht nur beruflich und finanziell, sondern auch politisch an den Rand gedrängt. Ohne zusätzliche Bemühungen, benachteiligte junge Menschen an die Politik heranzuführen, werden deren Bedürfnisse durch die neuen Beteiligungsformen eher noch stärker unberücksichtigt bleiben.



Martina Gille

Diplom-Soziologin, ist Wissenschaftliche Referentin am Deutschen Jugendinstitut München und forscht in den Bereichen Lebenslagen, Wertorientierungen und Partizipation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

gille@dji.de